

Interpellation Ammann-Rüthi (5 Mitunterzeichnende) vom 7. Juni 2010

## **Wieviele Nicht-EU-Staatsangehörige reisen über den Familiennachzug in den Kanton St.Gallen ein?**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 14. Dezember 2010

Thomas Ammann-Rüthi erkundigt sich mit seiner Interpellation vom 7. Juni 2010 nach Zahlen zur Einreise von Nicht-EU-Staatsangehörigen im Rahmen des Familiennachzugs sowie nach der Gestaltung der Integration.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Eine elektronische Geschäftsstatistik, die es unter anderem ermöglicht, die in der Interpellation gewünschten Zahlen zu eruieren, ist beim Ausländeramt erst seit 1. Januar 2010 vorhanden. Aufgrund dieser kurzen Betriebsdauer des EDV-Systems umfasst der Beobachtungszeitraum noch kein ganzes Jahr; die Angaben für die Beantwortung dieser Interpellation wurden für das ganze Jahr hochgerechnet. In Bezug auf mehrjährige Durchschnittswerte gilt es sodann zu beachten, dass die Gesuchszahlen wie auch die Bewilligungen teilweise erheblichen Schwankungen unterliegen. Insbesondere wichtige Ereignisse in Herkunftsländern können zu starken Schwankungen der Gesuchszahlen führen. Insofern muss die Aussagekraft von Durchschnittswerten relativiert werden. Nichtsdestotrotz verzeichnete das Ausländeramt in den letzten Jahren eine abnehmende Zahl von Familiennachzugsgesuchen für Staatsangehörige ausserhalb der EU- und EFTA-Staaten.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Im Jahr 2010 werden rund 450 Staatsangehörige ausserhalb der EU- und EFTA-Staaten (sogenannte Drittstaatsangehörige), die mit einem Schweizer bzw. einer Schweizerin verheiratet sind, in den Kanton St.Gallen eingereist sein sowie zusätzlich rund 30 bis 40 Kinder dieser Personen.
- 2./3. Die Bundesdatenbank ZEMIS und somit auch die Geschäftsstatistik des Ausländeramtes, die auf ZEMIS basiert, unterscheiden bei der Zulassung im Familiennachzug von Niedergelassenen und Jahresaufenthaltern lediglich zwei Codes, nämlich zwischen Ehegatten und Zulassung von Kindern im Familiennachzug. Eine Aufteilung in EU-/EFTA-Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige wird nicht vorgenommen. Die Unterschiede zwischen Drittstaatsangehörigen und EU-/EFTA-Angehörigen können deshalb nur geschätzt werden. Im Jahr 2010 kann damit gerechnet werden, dass insgesamt rund 350 Drittstaatsangehörige, die mit einem EU-/EFTA-Staatsangehörigen bzw. mit einem Drittstaatsangehörigen mit Niederlassungsbewilligung verheiratet sind, in den Kanton St.Gallen einreisen werden, sowie 190 Kinder über den Familiennachzug aus Drittstaaten. Aufgrund der langjährigen Beobachtungen des Ausländeramtes in Bezug die Herkunft kann davon ausgegangen werden, dass sich die Zulassungen etwa hälftig auf EU-/EFTA-Staatsangehörigen und Angehörigen aus Drittstaaten verteilen.
4. Das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (SR 142.20; abgekürzt AuG) verknüpft das Aufenthaltsrecht bewusst mit der Integration. Nach Art. 54 AuG wird der Grad der Integration bei den ausländerrechtlichen Entscheidungen mitberücksichtigt. Insbesondere kann die Erteilung einer Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung von der Erfüllung von Integrationsverpflichtungen abhängig gemacht werden, die in Integrations-

vereinbarungen festgehalten werden sollen. Bereits im Dezember 2009 stellten das Sicherheits- und Justizdepartement sowie das Departement des Innern das St.Galler Modell der Integrationsvereinbarungen vor. In diesem «St.Galler Modell» werden die Integrationsvereinbarungen auf eine breitere Basis gestellt, indem diese Vereinbarungen mit Drittstaatsangehörigen abgeschlossen werden, die noch nicht im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind. Hauptsächlich Adressaten sind Drittstaatsangehörige, die zu ihren in der Schweiz lebenden ausländischen Ehepartnern ziehen. Künftig werden rund 600 Integrationsvereinbarungen jährlich abgeschlossen.

Da das Beherrschen der Sprache anerkanntermassen eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration bietet, bildet der Besuch eines Sprachkurses das Kernelement der Integrationsvereinbarungen. Die Personen werden verpflichtet, ein vereinbartes Sprachniveau zu erreichen, wobei die Verpflichtung höchstens fünf Jahre bestehen bleibt. Der regelmässige Kursbesuch muss anlässlich der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung mittels einer Kursbestätigung nachgewiesen werden.

Für die Umsetzung des St.Galler Modells werden entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen benötigt. So wurden im Ausländeramt zwei zusätzliche Stellen geschaffen. Zudem fallen Kosten für Dolmetscher sowie für Deutschkurse an. Zwar werden die Kurskosten grundsätzlich von den Teilnehmenden selbst getragen. Der Kanton St.Gallen beteiligt sich aber mit bis zu 50 Prozent an den Kosten des Sprachkurses, wenn das vereinbarte Sprachniveau erfolgreich erreicht wird. Der Kanton gewährt eine finanzielle Beteiligung aber nur bei tiefen steuerbaren Familieneinkommen bis höchstens 80'000 Franken. Es ist davon auszugehen, dass sich die Kosten für Deutschkurse und Dolmetscher in den Folgejahren auf rund 500'000 Franken jährlich einpendeln werden. Da die Integrationsvereinbarungen nach dem St.Galler Modell erst seit April 2010 abgeschlossen werden, können noch keine Aussagen zu deren Wirksamkeit gemacht werden.

Die Regierung misst der Integrationsförderung eine grosse Bedeutung zu. Integration ist aber keine Einbahnstrasse, sondern ein gegenseitiger Prozess. Die Regierung ist sich deshalb auch bewusst, dass die Integration nicht ausschliesslich eine staatliche Aufgabe ist, sondern gleichwohl in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen liegt. Eine umfassende Darstellung der Integrationspolitik wie auch allfällige gesetzliche Anpassungen wird die Regierung im Rahmen des Berichts zum Postulat 43.07.04 «Integration: Gesetzliche Grundlagen» aufzeigen, der demnächst dem Kantonsrat zugeleitet wird.